Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 5 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 50 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Ecke Grauhofstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 209. Halle, Donnerstag, den 6. Mai 1920. Einzelpreis 20 Pfg.

Der bayerische Ministerpräsident gegen die Absonderungsgerüchte.

München, 5. Mai. In der gestrigen Sitzung des Landtages erklärte Ministerpräsident von Kahr, die Staatsregierung habe das größte Interesse, ohne Ansehen der Person alle mit dem Kappunternehmen zusammenhängenden strafbaren Vorgänge restlos und beschleunigt aufzuklären und zu verfolgen, sowie gegen jeden Putschversuch von rechts oder links mit allen Mitteln vorzugehen. Der Ministerpräsident trat den wilden Gerüchten, die noch immer im Lande umgingen, entgegen, daß die bayerische Regierung mit den französischen Offizieren der hiesigen Mission und mit Paris in engster Fühlung stehe, daß Bayern die Einverleibung von süddeutschen und österreichischen Ländern zugesagt sei usw. Bis heute habe er noch keinen dieser französischen Offiziere gesehen, geschweige denn gesprochen. Selbverständlich sei auch die weitere Behauptung von Verhandlungen mit Frankreich eine glatte Erfindung.

Die neuen Münchener Brot- und Mehlpreise.

WTB. München, 5. Mai. (Drahtnachricht.) Nachdem der Stadtrat gestern die Höchstpreise für Brot und Mehl aufgehoben hat, setzten die Münchener Bäckervereinigung den Brotpreis auf 1,25 Mk., den Mehlpreis auf 1,75 Mk. das Pfund fest.

Baldige Ankunft der amerikanischen Lebensmittel für Deutschland.

Berlin, 5. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Nach dem vor kurzem erfolgten Abschluß des Lebensmittelabkommens mit den Vereinigten Staaten werden die ersten Transporte der zugesagten Lebensmittel in kürzester Zeit, wie von zuständiger Stelle versichert wird, in den Auslandshäfen Rotterdam und Hamburg eintreffen. Die in Hamburg ankommenden Transporte werden sofort von den zuständigen Reichsstellen übernommen und der Bevölkerung zugeführt werden. Ueber die in Rotterdam ankommenden Transporte verlautet noch nichts Bestimmtes, doch dürften diese vermutlich auf dem Landwege weitergehen und an der deutschen Grenze ebenfalls von den zuständigen Reichsstellen übernommen werden.

Eröffnung der internationalen Handelskonferenz.

Paris, 5. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Gestern fand hier im Beisein des Präsidenten Deschanel die feierliche Eröffnung der Internationalen parlamentarischen Handelskonferenz statt. Die Verhandlungen leitete das französische Mitglied Chaumet, der in seiner Begrüßungsansprache auf die Notwendigkeit eines Fortbestandes der wirtschaftlichen Solidarität unter den Verbündeten hinwies. Man müsse jedoch den ehemaligen feindlichen Staaten Hilfe angedeihen lassen, wenn diese die Bedingungen des Versailler Abkommens getreulich erfüllen. Nach ihm ergriff der italienische und der japanische Delegierte das Wort. Sitz der Internationalen Handelsinstitution wird Brüssel sein. Am kommenden Mittwoch wird sich die Konferenz mit der Regelung der Valutafrage beschäftigen.

Die neuen Postgebühren.

Berlin, 5. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Die neue Gebührenordnung bei der Post wird auf die Sendungen angewendet, die in der Nacht rom 5. zum 6. Mai um 12 Uhr 01 Min. und später eingeliefert werden. Die Hauptbriefkästen der Postanstalten und die Briefkästen der Bahnpost werden möglichst um 12 Uhr geleert. Wo die Briefkästen nicht um Mitternacht geleert werden können, werden die enthaltenen Briefe auch am 6. Mai bei der ersten Leerung nicht als unzureichend freigemacht angesehen. Für Sendungen nach dem Auslande ist eine Frist von drei Tagen vorgesehen. Sie werden so lange nach den bisherigen Sätzen als unzureichend freigemacht angesehen, soweit sie durch Briefkästen eingeliefert sind. Infolge der neuen Gebührensätze werden neue Postwertzeichen eingeführt und andere abgeschafft.

Kleine Städte als Garnisonen der Reichswehr.

Berlin, 5. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir aus dem Reichswehrministerium hören, ist beabsichtigt, die Reichswehrformationen vornehmlich in kleineren und mittleren Städten zu garnisonieren, da die Großstädte durch das Anwachsen der Sicherheitswehren für normale Zeiten genügend Schutz genießen, die Belegung kleinerer Städte aus wirtschaftl. Gründen erwünscht ist und den Garnisontruppen dadurch auch eine Erleichterung in der Lebenshaltung zugute kommen würde. Damit entfallen die in Neustettin und Neustrelitz aufgetauchten Gerüchte, daß auf besonderen Kabinettsbeschluß jetzt nur Städte von mehr als 75 000 Einwohnern Reichswehrgarnisonen erhalten sollen.

Die staatliche Bildungsanstalt Lichterfelde.

WTB. Berlin, 5. Mai. Bei der heutigen feierlichen Uebernahme der Hauptkadettenanstalt, nunmehr staatlichen Bildungsanstalt Lichterfelde durch das preußische Unterrichtsministerium erklärte Minister Hänisch unter anderm, daß auch der neue Staat und gerade der neue Staat national im besten Sinne des Wortes sei. Des Ministers dringender Wunsch sei es, daß das Deutsche, daß deutsche Sprache, Literatur, Geschichte und Kunst in den Mittelpunkt des neuen Erziehungswerkes gestellt werden und ihm das Gepräge geben. Der Minister betonte sodann, daß er jedes Hineintragen der Parteipolitik in die Schule, als eine Versündigung an der Jugend, grundsätzlich ablehne, aber unbedingt fordern müsse, daß die Jugend zur freudigen Bejahung des neuen Staates als einer geschichtlichen Tatsache erzogen werde.

Die bedrohte Sicherheit in Frankfurt a. M.

WTB. Frankfurt a. M., 5. Mai. Da nach Ablieferung der Waffen der 1 500 Mann starken Polizei nur ungefähr 500 Gewehre verbleiben, glaubte der Polizeipräsident die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe nicht mehr tragen zu können, und bat die Regierung um Enthebung oder Rückgängigmachung des Befehls. Gleichzeitig machte er von seinem Entschlusse dem General Vidalon Mitteilung.

Beginn des Wahlkampfes der Mehrheitssozialdemokratie.

Scheidemann auf der Reichskonferenz in Berlin.

Berlin, 5. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Auch die Mehrheitssozialdemokratie ist nunmehr in den Wahlkampf eingetreten. Die Richtlinien dafür festzulegen ist Sache der Reichskonferenz, die im großen Sitzungssaale des Reichstagsgebäudes begann. Ursprünglich war, wie verlautet, die Veranstaltung eines sozialdemokratischen Parteitages vor den Wahlen geplant gewesen, eine Absicht, die durch die Ueberstürzung der Ereignisse geändert worden ist. Der sozialdemokratische Parteitag wird nunmehr erst nach den Wahlen, und zwar im Herbst stattfinden. In der heutigen Sitzung der Reichskonferenz hatte Scheidemann das Hauptreferat. Es drehte sich, wie erklärlich, um das Verhältnis zu den Parteien, insbesondere zur Linken und zur Koalition. Letztere bezeichnete Scheidemann als Hilfskonstruktion, ohne die die Republik nicht einmal wenige Monate hätte leben können. Natürlich würde eine rein sozialistische Regierung ohne Koalition erstrebt. Mit einer sozialistischen Regierung sei aber wohl der Anfang, jedoch nicht das Ende des Weges gefunden. Auch eine sozialistische Regierung könne notwendige Entwicklungsstufen nicht überspringen. Das Rätesystem lehnte Scheidemann ab, solange dieses nur ein politischer Taschenspielertrick sei, um eine Minderheit zur Macht gelangen zu lassen. Daß es eine Koalition nicht gebe, habe das Verhalten der U. S. P. D. während des letzten Putsches bewiesen. Eine Ergänzung finden die Verhandlungen der Reichskonferenz durch Mitteilungen, die ein genauer Kenner der S. P. D. der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" machte. Dieser behauptet, es wäre durchaus falsch, anzunehmen, daß sich bloß die K. P. D. bei ihrer auffallenden Wahlbeteiligung der finanziellen Förderung Sowjet-Rußlands erfreue. Trotz aller Angriffe der Lenin und Trotzkis seien die Fäden zwischen Moskau und den U. S. P. D.-Leuten nicht abgebrochen. Daß der Abg. Cohn zu dem Sowjet-Vertreter Kopp sehr gute Beziehungen pflege, die für die U. S. P. D. ausgenutzt werden könnten, sei aus bestinformierten Kreisen bestimmt versichert worden.

Eine Reichsentschädigung für den Abwehr-Generalstreik.

Berlin, 5. Mai. Dem Vernehmen nach hat das Reichskabinett bezüglich der Bezahlung der Streiktage während des Kapp-Putsches beschlossen, für die Zeit des Abwehrstreiks eine billige Entschädigung aus Reichsmitteln zu gewähren, jedoch nur bis zu dem Augenblick, an welchem der Putsch erledigt war und nicht für den verlängerten Generalstreik. Die Entschädigung wird auf dem einfachen Verordnungswege geregelt werden. Ein Gesetzentwurf an die Nationalversammlung ist nicht beabsichtigt.

Das Regierungsprogramm Bucks.

WTB. Dresden, 5. Mai. (Drahtnachricht.) In der heutigen Sitzung der Volkskammer führte Ministerpräsident Buck bei der Entwicklung des Regierungsprogramms aus, er erkenne nur an die Reichsverfassung und die Grundgesetze für den Freistaat Sachsen, die Nationalversammlung und die Volkskamer. Andere Gewalten erkenne er nicht an, daher auch nicht das Recht des Mitregierens der Exekutive der Aktionsausschüsse der Arbeiter- oder Bürgerräte. Er bekenne sich gegen jeden Terror, jeden Gewaltakt.

Vom Binnenschiffahrtsstreik.

Berlin, 5. Mai. Die Lage im Binnenschiffahrtsstreik hat sich verschärft. Da die Arbeit nicht wieder aufgenommen worden ist, ist heute allen Arbeitern, auch den Arbeitswilligen gekündigt worden. Verhandlungen werden zurzeit nicht geführt. Die Schiffahrt auf der Elbe ruht vollständig.

Bankbeamtenstreik.

München, 5. Mai. Die Bankangestellten sind heute in den Streik getreten. Die Bewegung breitet sich über ganz Bayern aus. Der Ausstand ist bis jetzt nicht allgemein. Hauptsächlich streiken weibliche und jüngere Kräfte.

Auf zur Reichstagswahl.

Von Karl Herrmann-Halle.

Die kommenden Reichstagswahlen sind von viel größerer Bedeutung als die früheren, weil nach der jetzigen Verfassung das deutsche Volk sein Schicksal selbst bestimmt. Niemand hat ein Recht, sich über die Zustände in unserem Vaterlande und über falsche Politik zu beschweren, der bei den Wahlen nicht seine Pflicht tut. Es gibt viele Leute, die die jetzige Regierung für schuldig erklären an den wenig erfreulichen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen in unserem Vaterlande. Diese Beschuldigung ist unberechtigt. Keine Staatsform, sei es nun Monarchie, Republik oder Rätediktatur, könnte nach dem furchtbaren Zusammenbruch, den wir erlebt haben, in wenigen Monaten wieder angenehme, normale Zeiten über Deutschland bringen. Eine reaktionäre Regierung der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei würde aber, ebenso wie die Einführung der Rätediktatur, neuen Krieg im Innern und nach außen und immer tieferes Unglück für unser Volk bedeuten. Nur einem demokratischen, nicht militaristischen und nicht kaiserlichen Deutschland wird es gelingen, eine Revision des furchtbaren Versailler Friedens durchzusetzen. Der Erfolg in der Auslieferungsfrage beweist das schlagend und ein Blick in die Zeitungen des Auslandes lehrt, daß die Feinde nur einem aufrichtig demokratischen Deutschland, das nicht alsbald für einen neuen Krieg rüstet, entgegenzukommen bereit sind. Auf dieses Entgegenkommen ist das deutsche Volk angewiesen, wenn es nicht untergehen soll. Denn mit Gewalt, das muß endlich ein jeder einsehen, mit 100 000 Söldnern, ohne schwere Artillerie und all die anderen modernen Kampfmittel und ohne Marine kann man keinen Revanchekrieg führen. Unverantwortlich handeln deshalb diejenigen, die dem Volke weismachen wollen, daß wir nur zu trotzen brauchten, um durch Widerstand eine Abänderung des Versailler Friedens zu erzielen. Einer reaktionären Regierung Ludendorff oder Heiferich kommt kein Feind auch nur einen Schritt entgegen. Das Ausland würde nicht daran denken, einer reaktionären Regierung die notwendigen Lebensmittel, ohne die das deutsche Volk verhungert, und die notwendigen Rohstoffe, ohne die Handwerk und Industrie nicht arbeiten können, zu liefern. Jede Stärkung der Rechtsparteien bei den kommenden Wahlen bedeutet daher schwersten Schaden für unser Volk.

Durch den furchtbaren Krieg, den die unfähigen alten Gewalten, der Kaiser und seine Regierung, nicht verhindert haben und den sie wegen des Eroberungswahnsinnes unserer Reaktionäre nicht rechtzeitig, als es noch gut um uns stand, beendigten, ist das deutsche Volk in das Unglück geraten. Zwei Millionen Tote und eine Million Krüppel, eine vollständige Verwilderung der Moral und des Wirtschaftslebens, das ist das Ergebnis dieses entsetzlichen Krieges, den unsere Reaktionäre jubelnd begrüßt haben.

Wenn drei Millionen bester Arbeitskräfte dem Volke genommen sind, wenn die übrigen infolge der Hungerblockade jahrelang nicht genügend ernährt wurden, dann muß der Ertrag der deutschen Wirtschaft sinken und daraus erklären sich die ungeheuer hohen Preise bei uns zu Lande und das Fehlen wichtigster Bedarfsgegenstände. Nichts ist an dem Elende des Volkes schuld, als der Krieg und der auf seinen Verlust zurückzuführende Zusammenbruch. Diese Schuld können die Eroberungspolitiker niemals von sich abwälzen und nur Toren können glauben, daß die jetzige Staatsform an unserem Unglück die Schuld trägt.

Der verbrecherische Kapp-Putsch hat neues Unheil über unser Volk gebracht. Das Wirtschaftsleben entwickelte sich wieder, die Arbeitsleistung stieg und es ging aufwärts. Da begingen namhafte Führer der Deutschnationalen, Abg. Traub, Abg. von Kessel, Kapp, Schiele, Oberst Bauer und andere zusammen mit meuternden Militär, das Märzverbrechen, das nochviel verwerflicher war als die Revolution im Jahre 1918. Sie versetzten ihrem Volke einen Dolchstoß in den Rücken, als es sich gerade wieder erheben wollte. Die Revolution der deutschnationalen Reaktionäre, gegen die weder die Deutschnationale noch die Deutsche Volkspartei, solange es gut zu gehen schien, auch nur ein Wort des Tadels fand, hat dahin geführt, daß die Feinde in Deutschland weiter vormarschierten, daß Bürgerkrieg wieder ausbrach und daß der Bolschewismus aufs neue sein Haupt erhob.

Das Volk muß endlich einsehen, daß es so nicht weitergehen kann und daß nur diejenigen Parteien Rettung bringen können, die klar und unzweideutig auf dem Boden der Verfassung stehen und den stetigen Wiederaufbau des deutschen Volkes erstreben. Zu diesem Aufbau wird es notwendig sein, daß wir eine bessere Wirtschaftspolitik als bisher treiben. Wir müssen endlich loskommen von den Kriegs-Gesellschaften, von der Zwangswirtschaft, die Schiebertum und Schleichhandel begünstigt. Die Sozialisten sind es, die verhindern, daß wir den Mittelstand, den reellen Kaufmann wieder zu seinem Rechte kommen lassen. Sie schwärmen für Zwangswirtschaft und sehen dabei nicht, daß das Volk heute viel mehr, als es an Rationen zugeteilt erhält, hinten herum zu fabelhaften Schleichhandelspreisen kaufen muß, wenn es nicht ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200506015/fragment/page=0001

...ern will. **Wir müssen die Produktion der Landwirtschaft heben und dafür sorgen, daß der Landwirt wieder gern und freudig produziert.** Erst dann wird das Volk sich besser und billiger ernähren können als heute.

Die Deutsche demokratische Partei hat für den Mittelstand nicht nur Worte gehabt, wie so manche, die sich jetzt um seine Gunst bewerben, sondern wertvolle praktische Arbeit geleistet. Sie hat gegen den Widerstand der Deutschnationalen das Siedlungsgesetz geschaffen, das nicht nur neue Bauernstellen vorsieht, sondern auch den Bauern, die zu wenig Land haben, mehr Land zuführen will. Sie ist dafür eingetreten, daß das Betriebsrätegesetz nicht für die bäuerlichen und die kleinen Handwerksbetriebe gilt; sie hat dafür gesorgt, daß die Handwerkergenossenschaften im Umsatzsteuergesetz besonders begünstigt werden und daß die Vertretung des Handwerkerstandes im Reichswirtschaftsrat von 12 auf 36 Vertreter heraufgesetzt wurde. Niemand kann bestreiten, daß die Demokratische Partei mit aller Energie jederzeit für den ländlichen und gewerblichen Mittelstand eingetreten ist und sich als in bestem Sinne bürgerliche Partei, als Volkspartei bewährt hat.

In den Beamtenfragen wendet sich die Deutsche demokratische Partei gegen jede Gesinnungsschnüffelei, gegen den Versuch der Sozialisten, alle möglichen Aemter mit Parteifunktionären zu besetzen, statt mit geschulten Beamten. Sie hält im Gegensatz zur Sozialdemokratie unter allen Umständen fest an der lebenslänglichen Anstellung der Beamten unter Sicherung ihrer Pensionsansprüche. Sie verlangt, daß die Behörden nicht mehr Beamte beschäftigen, als unbedingt notwendig sind, fordert aber anständige Bezahlung der notwendigen Beamten.

Die Deutsche demokratische Partei ist keine Gegnerin der Reichswehr als solche, verlangt aber, daß die unzuverlässigen revolutionären Führer entlassen werden, damit ein gutes Verhältnis zwischen Heer und Volk hergestellt werden kann.

So geht die Deutsche demokratische Partei in den Wahlkampf. Gegen reaktionäre Putsche und Bolschewismus, für stetige Entwickelung unserer Wirtschaft und unserer Kultur; für Kräftigung und Erweckung des nationalen Selbstbewußtseins unter einer freiheitlichen Volksregierung. Nur so wird es möglich sein, unser Vaterland einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen.

Deutsche und dänische Arbeiter gegen die Internationalisierung der zweiten Zone.

Flensburg, 5. Mai. Am 1. Mai protestierten Massenversammlungen der Arbeiterschaft ganz Schleswig-Holsteins unter Hinweis auf das Abstimmungsergebnis und unter Berufung auf den Versailler Vertrag gegen die Internationalisierung der zweiten Zone. In einer längeren Entschließung heißt es:

„Die aus Deutschen und Dänen bestehende Arbeiterschaft Nordschleswigs auf beiden Seiten der Grenze wird jedem, der es jetzt noch unternimmt, Haß, Länderhunger oder gewaltsame Grenzverschiebung zu predigen, rücksichtslos und schonungslos entgegentreten. Jeder Versuch, hier einen internationalen Staat zu schaffen, wird mit allen Mitteln von allen Sozialdemokraten und der gesamten Arbeiterschaft bekämpft werden. Die es angeht, seien gewarnt! Zur Befreiung der Völker an der deutsch-dänischen Grenze von unnützer Qual und wirtschaftlicher Verelendung fordern wir vom Obersten Rat der Entente schleunigste endgültige Festlegung der neuen Grenze mit dem Rufe: Macht ein Ende, ein Ende, ein Ende!"

Die Frage der Schiffsablieferung.

Was Deutschland unbedingt zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs braucht.

Berlin, 5. Mai. Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Separatkommission eine Denkschrift überreicht, in der in Ergänzung der von der deutschen Schiffahrtsdelegation bereits im März 1920 übergebenen ersten Denkschrift gezeigt wird, wie groß die Einfuhr der für Deutschland lebenswichtigen Rohstoffe vor dem Kriege war, und wie diese Einfuhr sich nach dem Kriege infolge der Wirkungen des Friedensvertrags einschränken müsse. Zugleich zeigte die Denkschrift, daß eine weitere Einschränkung im Hinblick auf die Volksgesundheit, die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung und die innere Ruhe und Ordnung nicht möglich ist. Es wird statistisch dargetan, daß viele von den eingeführten Rohstoffen vor dem Kriege zur See nach Deutschland transportiert werden sind, und welche Mengen von dem für Deutschland unbedingt notwendigen Rohstoffbedarf künftig zur See eingeführt werden müssen. Die für den Transport dieser Mengen von Rohstoffen erforderliche Tonnage wird alsdann berechnet und gezeigt, daß bei strikter Durchführung des Friedensvertrags 700 000 Tonnen Schiffsraum fehlen würden. In der Erwartung, daß die Hälfte hiervon irgendwie anderweitig beschafft werden kann, kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, daß Deutschland zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs 350 000 Tonnen eines eigenen, zur Uebergabe an die Alliierten bestimmten Schiffsraums zunächst belassen werden müssen.

Die Mißwirtschaft in den Heeresabwicklungsstellen.

Verminderung des Angestelltenheeres.

Vom Reichsfinanzministerium werden Mitteilungen über die Mißwirtschaft in den Heeresabwicklungsstellen gemacht. Es wird aber zugleich nachgewiesen, daß es gelungen ist, das große Heer der Angestellten, das bei den Auflösungsarbeiten der Armee eine bequeme Versorgung suchte, erheblich einzuschränken.

Dem Abwicklungshauptamt unterstanden ursprünglich 2200 Abwicklungsstellen, deren Zahl mittlerweile auf 1600 gesunken ist. Diese haben drei Aufgaben: 1. Die Nachkontrolle der Abrechnungen und Rechnungslegung, 2. das Paßwesen, d. h. die Entlassung der alten Heeresangehörigen, 3. die Abgeltung der Privatverträge. Im Jahre 1919 waren in den Abwicklungsämtern insgesamt 115 000 Menschen beschäftigt. Dank dem Eingreifen des Generals Mulher sind es heute nur noch 55 000. Die Arbeitsleistung des in den Abwicklungsstellen tätigen Personals ist bekanntlich recht gering. Die besten Elemente aus dem früheren Heere gegen es vor, bei der Reichswehr unterzukommen, und der Arbeitseifer der übrigen litt unter der Vorstellung, daß sie damit beschäftigt seien, ihre Arbeit stetig abzubauen. Es war wohl nur der Wunsch, die bequemen Posten nicht zu verlieren, der die Leute veranlaßte, schwitz einer, wie jetzt zugegeben wird, zehnprozentigen Ausnutzung ihrer Arbeitskraft zu begnügen. Außerdem traten die zu Verbänden zusammengeschlossenen Angestellten hier und da in passive Resistenz. Abhilfe soll es mit Hilfe von Kontrollkommissionen, die die einzelnen Abwicklungsstellen im Reiche bereisen, gelungen sein, eine bessere Arbeitsführung zu erreichen, und man hofft, bis Ende Juli die Kontrolle der Abrechnung und vielleicht die Entlassung der alten Heeresangehörigen durchzuführen. Mit der Abgeltung der Privatverträge sind etwa 2000 bis 3000 Angestellte beschäftigt gewesen. Auch ihre Zahl wird auf 1600 herabgesetzt. Ihre Arbeiten dürften aber nicht so bald beendet sein. Sie ist aber auch sehr gewinnbringender Art, denn es handelt sich um die Verträge, die auf Grund des Hindenburgprogramms in einer Weise abgeschlossen worden waren, die vom kaufmännischen Standpunkte geradezu skandalös bezeichnet werden muß.

Zum Schlusse sei noch bemerkt, daß der Etat für 1919 zwei Milliarden für die Heeresabwicklung auswarf, der für 1920 allerdings immer noch 1,6 Milliarden. Im Vorjahre waren für die Personalkosten 400 000 000 M. angesetzt. Ursprünglich wurde für 1920 derselbe Betrag gefordert, es gelang aber, ihn auf die Hälfte zu reduzieren. Die Reichsabwicklungsstellen unterstehen dem Reichsfinanzministerium.

Preußische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 5. Mai. 142. Sitzung. 3 Uhr. Das Haus tritt in die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Feststellung der Verbandsordnung für den Siedelungsverband Ruhrkohlenbezirk ein.

Abg. **Martin** (Dn.): Ich hoffe, daß die neue Einrichtung sich bewähren wird. Der Geltungsbereich des Gesetzes sollte auch noch auf die Kreise Hagen und Schwelm ausgedehnt werden.

Abg. **Eberle-Barmen** (Soz.) spricht sich für die Einführung der Verhältniswahl für die Wahlen zur Verbandsversammlung aus, sobald irgendwie die Möglichkeit dazu vorliege.

Abg. **Auer** (Dem.): Der Anschauungsunterricht, den die Ausschußmitglieder an Ort und Stelle genossen haben, hat gute Früchte getragen. Wir sind einmütig für die Vorlage.

Die Abg. **Reinecke** (Ztr.) und **Tegeder** (D. Vpt.) äußern sich ebenfalls zustimmend.

Minister **Stegerwald** dankt dem Hause für seine eifrige Mitarbeit und bittet, es auch bezüglich des Vorsitzenden in der Verbandsversammlung dabei zu belassen, daß er von einem Staatsbeamten geführt werde, damit keine Rivalitäten unter den beteiligten Mannschaften entstehen.

Die Vorlage wird unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in der zweiten Lesung und darauf en bloc einstimmig in dritter Lesung und in der Schlußabstimmung angenommen.

Es liegt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften vor.

Landwirtschaftsminister **Braun**: Es handelt sich auch hier um eine Maßnahme zur Steigerung unserer Produktion. Wir haben noch zirka 1½ Millionen Hektar Oedländereien. Diesen Leuten, die infolge des Unglücks im Kriege ihre Existenz verloren haben, soll Gelegenheit geboten werden, auf eigener Scholle sich und ihre Familie zu ernähren.

Abg. **Stendel** (D. Vpt.): Jeden Gedanken der Sozialisierung der Landwirtschaft lehnen wir ab. Wo die Kultivierung Erfolg verspricht, werden meine niedersächsischen Landsleute diese auch ohne Zwang durchführen.

Minister **Braun**: In dem alten Tempo darf die Sache nicht weitergehen. Wir können nicht abermals 70 Jahre warten, bis die erfolgreiche Kultivierungsarbeit beendet ist. Der einzelne kann das meist gar nicht erfolgreich durchführen. Deswegen sind eben Genossenschaften notwendig.

Abg. **Weitermal** (Dn.): Wenn wir auch dem Grundgedanken zustimmen, so sind wir doch gegen manche Einzelheiten.

Die Abg. **Wirtz** (Soz.), **Müller** (Ztr.), **Klaushner** (U. S. P.) und **Dr. Bollert** (Dem.) stimmen der Vorlage zu.

Das Gesetz wird unter Ablehnung mehrerer Anträge der Rechten und der Unabhängigen unverändert angenommen, ebenso in dritter Lesung en bloc gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr: Anträge und Eingaben.

Schluß 6½ Uhr.

Die Streiklage in Frankreich.

Paris, 5. Mai. Marcel Cachin tritt in der „Humanité" den Behauptungen vom Nichtlösen des Eisenbahnerausstandes entgegen. Mehr als 500 000 Arbeiter der vier in Frage kommenden Berufsgenossenschaften seien daran beteiligt.

Paris, 5. Mai. Die Lage im Eisenbahnerstreik neigt neuerdings zur Besserung. In den Bergwerksbezirken ist die Lage unverändert. Im Rhonebecken hat sie sich verschärft, ebenso bei den organisierten Arbeitern in den Häfenplätzen.

Paris, 5. Mai. Der Gewerkschaftsführer der Eisenbahner Sirolle ist gestern verhaftet worden.

Paris, 5. Mai. Die Metallarbeiter des Seinebezirks haben sich dem Streik der C. G. T. angeschlossen. Diese verlangen unter anderm Verstaatlichung der Eisenbahnen und Umgestaltung der Hafenbetriebe.

WTB. Lille, 5. Mai. Die Delegierten der Grubenarbeiter des Beckens von Anzin haben auf nächsten Donnerstag den Beginn des Generalstreiks der Grubenarbeiter dieses Bezirks festgesetzt.

Streikkumulte in Italien.

WTB. Rom, 5. Mai. Aus einer offiziösen Meldung des „Messaggero" über die Vorgänge in Viareggio geht hervor, daß 200 Carabinerie in Viareggio eingerückt sind, und daß das Automobil des Generals Marcelarolli verbrannt und das des Generals Graziosi beschädigt wurde. Der Generalstreik hält an.

WTB. Livorno, 5. Mai. Hier ist der Generalstreik unter Teilnahme der Eisenbahner erklärt worden.

Fortschritte der mexikanischen Rebellen.

Paris, 5. Mai. Die mexikanischen Rebellen haben Juarez genommen und befinden sich mit neuen Kräften im Anmarsch auf Chihuahua.

Deutsches Reich.

Keine Abgabe von Gerste an Schweinezüchter. Das Preußische Landesgetreideamt hat ein Rundschreiben an die Kommunalverbände gerichtet, worin es heißt: Nach den Berichten der Kommunalverbände wären zur Abgabe von Gerste an die Buchtschweinebesitzer, die selbst keine

Einiges über „Schieber" und Genossen.*)

(Von Geheimrat L. Gülle.)

III.

Und nun sehe man sich einmal das Vorleben, namentlich den früheren Beruf der Schieber an. Einen ehrlichen Beruf haben gewerbsmäßige Schieber längst aufgegeben oder behalten ihn nur zum Scheine noch bei. Der brachte ja nichts ein, davon konnte man doch nicht herzlich und in Freuden leben, ganz abgesehen davon, daß man regelmäßig und ordentlich arbeiten mußte. Ich will von denen, die bereits Bekanntschaft mit dem Zuchthause oder dem Gefängnisse gemacht haben, also von den gewohnheitsmäßigen Dieben, Hehlern, Betrügern, Wucherern oder dergleichen ganz absehen, obwohl eine Anzahl dieser dunklen Ehrenmänner sich mit allem Eifer auf den Beruf eines Schiebers geleitet haben. Jedes Geschlecht, jedes Alter ist vertreten, Männer, Frauen, Mädchen, Greise, im kräftigsten Mannesalter Stehende, Jünglinge, ja leider auch unerwachsene Kinder. Jeder Stand hat seine Vertreter: Fabrik- und Handarbeiter, Handwerker, kleine Geschäftsleute und Gewerbetreibende, Agenten, Kommissionare, frühere Soldaten, kleine und mittlere Beamte, Privatleute, Meister, Gesellen und Lehrlinge. Leute, die bereits früher ein Vermögen sich angesammelt hatten, und solche, die mit nichts angefangen haben. Ein städtischer Angestellter z. B., der bei keineswegs anstrengender Arbeit täglich 20 Mark verdiente, gab diese Stellung auf, weil, wie er in dem Strafverfahren gegen ihn selbst aussagte, er zu wenig Verdienst gehabt habe; durch die Schieberei könne er zehnmal so viel verdienen. Gewerbetreibende geben ihr gutes, sie reichlich ernährendes Geschäft auf und legen sich aufs Schieben. So hat z. B. ein früherer Techniker durch Geheimschlachterei, wie er selbst zugeben muß, bereits Millionen verdient, und doch konnte er nicht davon lassen, bis auch ihn das Schicksal ereilte. Ein Metzgermeister mit blühendem Geschäft und einer stolzen Villa betrieb einen schwunghaften Schleich- und Schieberhandel mit Tabak in Gemeinschaft mit anderen Handwerkern, die ebenfalls früher keine blasse Ahnung vom Tabakhandel hatten; die Leute erzielten in wenig Tagen einen Reingewinn von annähernd 10 000 Mark. Ein Bahnbeamter machte in Schokolade, Seife und Zigarren. Ein früheres Ladenfräulein schob in Zigaretten und Likören, ein früherer Kommis in einem Konfektionsgeschäfte in Getreide und Sämereien. Ich könnte noch unzählige andere oft geradezu komische Beispiele anführen. Aber alle hat der Habsuchtsteufel ergriffen und festgepackt; alle Innen auf leichten und großen Erwerb und Gewinn; Sach- und Fachkenntnisse braucht man ja nicht, oder erwirbt man sich spielend. Der Gewinn ist sicher und groß. Was wird es, wenn man einmal abgefaßt wird? Will man sie verkaufen, so stellen sie hohe Kautionen, damit sie auf freiem Fuß bleiben; verurteilt man sie zu noch so hohen Geldstrafen, so zahlen sie diese anstandslos und sperrt man sie wirklich ein, nun, so geht die Zeit der Freiheitentziehung auch vorüber, ein Rechtsanwalt sorgt nach Möglichkeit dafür, daß die Strafe nicht allzu hoch ausfällt, und schlägt die Stunde der Freiheit, so wird um so fleißiger und tüchtiger weiter geschoben, um das Versäumte nachzuholen, man wird, durch die böse Erfahrung gewitzigt, nun etwas vorsichtiger sein.

Erscheinen nun auch noch die Schieber als so anständige, solide, harmlose Leute? Sieht das Publikum nun vielleicht ein, welch ein verbrecherisches Treiben sie vollführen, wie sie nicht wie die gemeinen Diebe, einen Einzelnen, sondern die Gesamtheit des Volkes bestehlen und betrügen und derselben zu ihrem Vorteile und Nutzen das Geld aus der Tasche entwenden, wie sie eine Hebung unserer landwirtschaftlichen Kräfte verhindern und unterbinden, uns der Verelendung und dem Hungertode zutreiben? Sind in der Tat schlimmer als Diebe, Räuber oder selbst Mörder. Ihre Bekämpfung ist nicht nur eine Notwehr des Einzelnen, sondern eine Notwendigkeit der Gesamtheit, wenn unsere wirtschaftlichen Verhältnisse wieder gesunden, unser Volk wieder hoch kommen soll.

Und worin besteht solche Bekämpfung gegenwärtig? Zunächst bedroht das Gesetz den Wucherer, den Schleichhändler, den Schieber, den Preistreiber mit schweren Strafen. Nach der Bundesratsverordnung gegen die Preistreiberei vom 8. Mai 1918 und der Verordnung über Sondergerichte gegen Schleichhandel und Preistreiberei vom 27. November 1919 wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und mit Geldstrafen bis zu 500 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bedroht: 1. wer vorsätzlich für Gegenstände des täglichen Bedarfs Preise fordert, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse einen übermäßigen Gewinn enthalten oder solche Preise sich oder einem anderen gewähren oder versprechen läßt; 2. wer vorsätzlich für die Vermittelung von Geschäften über Gegenstände des täglichen Bedarfs Vergütung fordert, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse einen übermäßigen Gewinn enthält, oder solche Vergütung sich oder einem anderen gewähren oder versprechen läßt; 3. wer Gegenstände des täglichen Bedarfs, die von ihm zur Veräußerung erzeugt oder erworben sind, in der Absicht zurückhält, durch ihre Veräußerung einen übermäßigen Gewinn zu erzielen; 4. wer in der Absicht, den Preis für Gegenstände des täglichen Bedarfs zu steigern oder hochzuhalten, Vorräte unbrauchbar macht oder vernichtet, ihre Erzeugung oder den Handel mit denselben einschränkt oder unlautere Machenschaften vornimmt, die die eine oder die andere vorbezeichnete strafbare Handlung zum Gegenstand hat; 5. wer vorsätzlich höhere Preise als die Höchstpreise im Sinne des Gesetzes fordert oder sich oder einem andern gewähren oder versprechen läßt; 6. wer vorsätzlich beim Erwerb für Zwecke der Weiterveräußerung mit Gewinn höhere Preise als die Höchstpreise gewährt oder verspricht; 7. wer vorsätzlich an einer solchen Verabredung oder Verbindung teilnimmt, wer dazu auffordert, anreizt oder sich anbietet; 8. wer Gegenstände, für die Höchstpreise festgesetzt sind, oder die sonst einer Verkehrsregelung unterliegen, unter vorsätzlicher Verletzung der zur Regelung ergangenen Vorschriften oder unter Verleitung eines anderen zur Verletzung dieser Vorschrift oder unter Ausnutzung der von einem anderen begangenen Verletzung dieser Vorschriften zum Zwecke der

*) Vergleiche Saale-Zeitung Nr. 207 und 208.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200506015/fragment/page=0002

Gerste erzeugen, rund 51 400 Tonnen Gerste nötig. Da die Anlieferungen an Brotgetreide immer noch außerordentlich gering sind und die ebenfalls knappen Gersteneingänge nahezu ausschließlich zur Brotbereitung verwendet werden müssen, ist die Reichsgetreidestelle nicht in der Lage, an jene Zuchtsauenbesitzer, die nicht Gerstenerzeuger sind, Gerste aus ihren Beständen abzugeben.

Ein sogenannter Ordnungsblock wird für die Landtagswahl in Gotha angestrebt, um die Herrschaft der Unabhängigen zu brechen. Der Idee haben die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und der Bauernbund bereits zugestimmt; mit der Deutschdemokratischen Partei und den Mehrheitssozialisten schweben noch Verhandlungen.

Der Verein des Hamburger Futtermittelhandels erwirkte bei den zuständigen Regierungsstellen die Zusicherung der sofortigen Freigabe der Einfuhr und des Handels von Oelkuchen und anderen Kraftfuttermitteln.

Aus der demokratischen Bewegung.

In Mücheln fand am Sonntag die erste Wählerversammlung der deutschen demokratischen Partei statt. Als Redner war Herr Abgeordneter Dr. Schreiber gewonnen, der in packenden sachlichen Ausführungen die Ziele der demokratischen Partei entwickelte. Redner fand ungeteilten Beifall. Der deutschnationale Pfarrer, der in der Diskussion gegen Herrn Dr. Schreiber auftrat, wurde im Schlußwort von dem Referenten berichtigt, sodaß der Herr Pfarrer selbst öffentlich erklärte, er wäre angenehm überrascht von der überlegenen Sachlichkeit des Herrn Dr. Schreiber. Er verurteilte die gemeine Hetze, die gegen Herrn Dr. Schreiber seitens der Rechtsparteien ins Werk gesetzt sei und erklärte sich sogar bereit, dies in der dortigen Zeitung der Wahrheit gemäß zu veröffentlichen.

Eine von demselben Redner am Dienstag in Wettin abgehaltene Versammlung, wo Redner genau wie in Mücheln, den ungeteilten Beifall der Versammlung erntete, war ebenfalls ein voller Erfolg für die demokratische Sache. In Wettin rechnete Herr Dr. Schreiber scharf mit den Unabhängigen ab, die ihn in der Aussprache vergeblich zu widerlegen sich mühten.

Halle und Umgebung.

Halle, den 6. Mai 1920.

Die Wählerlisten

Für die bevorstehende Reichstagswahl werden von Sonntag, den 9. bis einschließlich Sonntag, den 16. Mai d. Js., von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags, im Auktionslokal des städtischen Leihamtes, An der Marienkirche 4, Eingang Hallmarkt-Treppe, zu jedermanns Einsicht ausgelegt. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Listen können bis zum Ablauf der Auslegungsfrist beim Magistrat schriftlich oder mündlich angebracht werden.

Hallischer Lehrer-Verein.

In der Sitzung am 4. Mai begrüßte Herr Rektor Sauve die heimgekehrten Gefangenen mit einem Willkommen in der Heimat und forderte sie auf, an der Wiederaufrichtung und Gesundung des Volkes durch Hebung der Volksschule mitzuwirken. Der Verein beschloß, das Schulmuseum des Hall. Lehrervereins, das einen Wert von 189 000 Mark darstellt, der Stadt zu überweisen mit der Forderung eines jedesmaligen Vorschlagsrechts für die Wahl des Museumsleiters und eines jährlichen Beitrages zur Erweiterung der Sammlungen. Der Vorsitzende dankte Herrn Leonhardt für seine selbstlose, treue Arbeit im Dienste des Museums.

Herr O. Hecht berichtete nun über die neuen Satzungen des Deutschen Lehrer-Vereins und ging dabei auch auf das Problem der Gewerkschaft ein, da der Deutsche Lehrer-Verein nach „gewerkschaftlichen Grundsätzen" arbeiten will, ohne seine alten Kultur- und Bildungsziele zu opfern. Dann wurde die Vertreterversammlung des Deutschen Lehrer-Vereins besprochen. Angenommen wurde ein Antrag von Herrn O. Schmidt, auch eine Beurlaubung der zuhörenden Lehrer zu dieser Versammlung zu erwirken.

Zum Schluß berichtete Herr Lorenz über Verhandlungen des Hall. Beamten-Ausschusses betreffs der Besoldungsfrage und Herr Redslob gab Zahlenbeispiele für die neuen Gehaltssätze.

Die 28. Vertreterversammlung des Deutschen Lehrer-Vereins, die 130 000 Lehrer umfaßt, findet am 13. und 14. Mai, morgens 9 Uhr, in der Saalschloßbrauerei statt. Am Donnerstag, den 13. Mai, abends 8 Uhr, spricht in einer öffentlichen Volksversammlung im „Wintergarten" Herr Rektor Tittel über „Die Schule im Volksstaat".

Das Schulmuseum des Hallischen Lehrervereins im Turnsaalgebäude der Alten Volksschule, Neue Promenade 13, wird am 8. Mai, abends 8 Uhr, wieder eröffnet. Gäste sind willkommen.

Weiterveräußerung mit Gewinn erwirbt oder sich zu solchem Erwerbe anbietet.

In besonders schweren Fällen des Schleichhandels und der Preistreiberei, so z. B. im Rückfalle, ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren und Geldstrafe bis zu 500 000 Mark. Neben der Strafe kann und muß in manchen schweren Fällen und wenn auf Zuchthaus erkannt ist, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte ausgesprochen und angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen bekannt zu machen ist. Außerdem ist solchen Verurteilten die Erlaubnis zum Handel zu entziehen und für eine geraume Zeit zu versagen. Endlich ist ein Betrag von demselben einzuziehen, der dem übermäßigen Gewinn oder Verdienst oder dem aus der Ueberschreitung der Höchstpreise erzielten Erlöse entspricht; zur Sicherung desselben kann die Beschlagnahme von Vermögensstücken des Beschuldigten und schließlich die Einziehung der Gegenstände, auf die die strafbare Handlung sich bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, ausgesprochen werden.

Selbst fahrlässige Begehung der oben erwähnten strafbaren Handlungen wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 500 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bedroht. Fahrlässig aber handelt, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer acht läßt, also z. B. sich die Person, mit der er Geschäfte machen will, nicht gehörig ansieht.

Daneben bedroht die Bekanntmachung betr. das Verbot des Agiohandels mit Reichsgoldmünzen vom 23. November 1917 die verbotenen Machenschaften mit diesen Münzen mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder Geldstrafe bis zu 50 000 Mark, bei mildernden Umständen nur mit Geldstrafe, die Bekanntmachung über die Regelung des Fleischverbrauchs und den Handel mit Schweinen, die Geheimschlachterei und ähnliche Handlungen mit Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder einer dieser Strafen. Mit derselben Strafe wird bestraft, wer ohne die erforderliche Erlaubnis oder nach Zurücknahme der Erlaubnis oder nach erfolgter Versagung Handelsgeschäfte betreibt, zu denen eine besondere Erlaubnis erforderlich ist. (Schluß folgt.)

Die neuen Kleinhandelshöchstpreise für Zucker. Nach einer Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums gelten vom 8. Mai ab bis auf weiteres die folgenden Kleinhandelshöchstpreise: Für gemahlenen Melis I, Kristallzucker und gemahlene Raffinade 1,95 Mk., Puder-Raffinade, Lompenzucker und B oder 2 Mk., Würfelzucker 2,05 Mk., Kandis aller Art 2,50 Mk. (alles pro Pfund).

Beamten-Hochschulkurse. Der Verkauf der Hörerscheine für das Sommersemester findet am Donnerstag, den 6., Freitag, den 7. und Sonnabend, den 8. Mai, von 5 bis 7 Uhr nachm., in der Geschäftsstelle „Augustiner-Bräu", Mittelstraße, statt. Semesterbeginn: 11. Mai.

Briefbeförderung nach Amerika im Mai. Im Monat Mai wird die deutsche Briefpost nach den Vereinigten Staaten von Amerika und Durchgangsländern bis auf weiteres nur mit englischen Dampfern (etwa zweimal wöchentlich) befördert. Die Postabgänge nach Brasilien, den La Platastaaten und Chile finden außer mit englischen Dampfern (zwei- bis dreimal wöchentlich) noch mit folgenden Dampfern statt: Dampfer „Indiana" nach Rio de Janeiro usw., von Genua am 13. Mai, Postschluß in Frankfurt (Main) am 10. Mai: Dampfer „Limburgia" nach Rio de Janeiro usw., von Amsterdam am 19. Mai, Postschluß in Emmerich am 17. Mai vormittags und in Hamburg am 15. Mai abends.

Die neue Porto-Verteuerung.

Das durch den Einspruch des Reichsrats nunmehr erst am 6. Mai in Kraft tretende Gesetz über die Postgebührenerhöhung sieht folgende Verteuerung der Portosätze vor:

Es kostet der Brief bis zu 20 Gr. = 40 Pf. und von über 20 bis 250 Gr. = 60 Pf. Dabei bleibt es sich gleich, ob es sich um einen Orts- oder Fernbrief handelt.

Das Porto für die Postkarte beträgt 30 Pf. Auch in dieser Postsendung werden für den Orts- und Fernverkehr keine Unterschiede gemacht.

Das Porto für die Drucksache beträgt bis zu 50 Gr. = 10 Pf., über 50—100 Gr. = 20 Pf., über 100 bis 250 Gr. = 40 Pf., über 250 bis 500 Gr. = 60 Pf. und über 500 Gr. bis 1 Kilo = 80 Pfg.

Das Geschäftspapier kostet bis zu 250 Gr. = 40 Pfennig, über 250 bis 500 Gr. = 60 Pf. und über 500 gr. bis 1 Kilo = 80 Pf.

Die Warenprobe kostet bis 250 Gr. = 40 Pf., über 250 bis 500 Gr. = 60 Pf.

Die Mischsendung (zusammengepackt aus Drucksachen, Geschäftspapieren und Warenproben) bis 250 Gr. = 40 Pf., über 250 bis 500 Gr. = 60 Pf. und bis 500 Gr. bis 1 Kilo = 80 Pfg.

Das Päckchen, das als Postsendung knapp ein Vierteljahr alt ist und sich großer Beliebtheit erfreut, kostet künftig bis 1 Kilo = 1 Mk. Bemerkt wird zu dieser Postsendung noch, daß sowohl Geschäftsleute als Private das Päckchen häufig postlagernd versenden. Das ist unzulässig. Das Päckchen ist nur für den inneren Postverkehr bestimmt, es ist aber nach dem Freistaate Danzig, dem Memelgebiet und Westpolen (frühere Provinzen Posen und Westpreußen) zugelassen. Nicht oder unzureichend freigemachte Päckchen werden nicht befördert.

Die Paketgebühr beträgt bis 5 Kilo in der Nahzone: 1,25 Mk., in der Fernzone 2 Mk., über 5 bis 10 Kilo in der Nahzone 2,50 Mk., in der Fernzone 4 Mk., über 10 bis 15 Kilo in der Nahzone 5 M., in der Fernzone 8 M., über 15 bis 20 Kilo in der Nahzone 8 Mk., in der Fernzone 12 Mk. — Für dringende Pakete wird die dreifache Gebühr, für sperriges Gut ein Zuschlag von 100 von der Höhe der Gebühr erhoben, doch sind sperrige dringende Pakete von diesem Zuschlag befreit. Nicht oder unzureichend freigemachte Pakete werden nicht befördert.

Die Paketgebühr wird nach der Entfernung und nach dem Gewicht berechnet. Bei der Entfernung werden zwei Zonen unterschieden. Zu diesem Zwecke ist das Postgebiet in quadratische Felder von 15 Kilometer Seitenlänge eingeteilt, und es wird die Entfernung vom Mittelpunkte des einen Feldes zu dem gleichen Punkte des andern Feldes gemessen. Beträgt die Entfernung nicht mehr als 75 Kilometer, so liegen die Postorte des einen Feldes in der Nahzone der Postorte des anderen Feldes. Ist die Entfernung größer, so liegen sie in der Fernzone.

Für Wertsendungen werden erhoben (außer der Gebühr für eine gleichartige gewöhnliche Postsendung): a) die Einschreibegebühr von 30 Pfg., b) die Versicherungsgebühr. Letztere beträgt bei Wertbriefen bis zu 1000 Mk. Wertangabe oder einen Teil von 1000 Mk. = 1 Mk.; bei Wertpaketen bis 500 Mk. = 1 Mk., über 500 bis 1000 Mk. = 2 Mk., über 1000 für jede weiteren 1000 Mk. (oder Teile davon) = 2 Mk. Auch Wertsendungen müssen vollständig freigemacht werden, sonst ist die Beförderung ausgeschlossen.

Die Postanweisung kostet bis zu 50 Mk. Einzahlung = 50 Pf., über 50 Mk. bis 250 Mk. = 1 Mk., über 250 bis 500 Mk. = 1,50 Mk., über 500 bis 1000 Mk. = 2 Mk. Die Postanweisung ist ebenfalls vollständig freizumachen.

Endlich ist noch die Rohrpostkarte auf 1 Mk. und der Rohrpostbrief auf 1,20 Mk. erhöht worden.

Schließlich wird noch bestimmt, daß die Postverwaltung für jedes Pfund eines in Verlust geratenen Paketes 10 Mk. vergütet. Bisher betrug diese Ersatzleistung nur 3 Mk.

Provinzial-Nachrichten.

— **Dessau**, 5. Mai. (Große Farbdiebstähle) wurden in der Anilin- und Farbenfabrik in Wolfen bei Bitterfeld aufgedeckt. Die Dessauer Kriminalpolizei stellte 12 Personen als Diebe fest. Es handelt sich um Arbeiter der Anilinfabrik, die die gestohlenen Farben in Dessau verschoben hatten. Der Polizei gelang es, neun Zentner Farbe im Werte von 90 000 Mark zu beschlagnahmen.

!! **Coswig**, 5. Mai. (Der Gastwirtsverein) hat beschlossen, sämtliche Telephonanschlüsse seiner Mitglieder zu kündigen, wenn die Erhöhung der Gebühren und die Erhebung der 1000 Mark-Anleihe Gesetz wird.

? **Aus dem Unstrutale**, 5. Mai. (Reicher Fund.) In einem Unstrutorte sah sich ein Bergmann, Vater vieler Kinder, aus Not gezwungen, die Bäume, die dicht bei seinem Häuschen standen, umzuhauen und das Holz zu Geld zu machen. Beim Ausheben eines Baumstumpfes stieß er auf eine eiserne Truhe. Diese enthielt mehrere Schachteln. Eine war mit wertvollen Steinen, die anderen mit Gold- und Silbermünzen aus der Zeit vor dem Niedergang Preußens 1806—07 gefüllt. — So weiß das Henneberger Kreisblatt zu berichten.

Sangerhausen, 5. Mai. (Streik der Gastwirte.) Der Gastwirte-Verein Sangerhausen und Umgegend hielt hier eine Versammlung ab, die von ca. 100 Gastwirten besucht war. Es wurde einstimmig Beschluß gefaßt, von den Erzeugnissen der Brauereien des Bezirks Merseburg nichts mehr zu entnehmen.

Altenburg, 3. Mai. (Verstärkter Holzeinschlag.) Nach dem Verteilungsmaßstab, den der Reichswirtschaftsminister aufgestellt hat, müssen im Freistaat Altenburg für das Wirtschaftsjahr 1920/21 bis Ende März 173 000 Festmeter Derbholz eingeschlagen werden. Davon entfallen auf die Staatsforsten 118 500, auf die gesamten Gemeinde-, Stiftungs-, Genossenschafts-, Fideikommiß- und sonstigen Privatforsten der Rest von 54 500 Festmetern. Die früher angeforderten Brennholzmengen sind jedoch hierauf anzurechnen. Alle Waldbesitzer sind verpflichtet, einen Einschlag vorzunehmen, der den von 1912/13 um ein Drittel übersteigt, mindestens aber drei Festmeter für den Hektar Holzboden beträgt. Der Einschlag für die Staatsforsten ist besonders angeordnet. Am Ende des Wirtschaftsjahres sind den Landratsämtern durch die Einschlagspflichtigen Nachweise vorzulegen, und zwar sowohl über den letzten Einschlag wie über den von 1912/13; die staatlichen Forstbehörden können diese Angaben nachprüfen, wobei die Kosten den Einschlagspflichtigen zufallen, wenn sie die Unterlagen schuldhaft unrichtig aufgestellt haben. Zur Vornahme des ihnen auferlegten Einschlags können sie durch Ordnungsstrafen in Höhe bis zu 10 000 Mark angehalten werden; auch kann der Einschlag nötigenfalls auf ihre Kosten vorgenommen werden.

Weimar, 5. Mai. (Ein vorsorgendes junges Mädchen.) Seit Monaten waren den Besitzern des Weinhauses „Zum Fürstenkeller", den Eheleuten Rößler, erhebliche Geldbeträge abhanden gekommen, ohne daß ihr Verschwinden aufgeklärt werden konnte. Dieser Tage nun wurde eine aus Liebenstein stammende Magd, die seit sechs Monaten im Fürstenkeller dient, dabei ertappt, als sie von Geldern, die zur Bank geschafft werden sollten, 1100 Mk. beseitigen wollte. Die polizeiliche Nachforschung ergab, daß die Diebin fast täglich über die Kasse gegangen war und nach und nach etwa 30 000 Mk. gestohlen hatte. Für die künftige Heiratsausstattung hat sie sich eine ganze Wohnungseinrichtung mit Klubsesseln (!) anfertigen lassen und auf sie 15 000 Mark angezahlt.

() **Weimar**, 5. Mai. (Der neue Oberbürgermeister Dr. Müller) erhält 23 000 Mk. Gehalt ausschließlich Teuerungszulagen.

Eisenach, 4. Mai. (Spenden aus Amerika.) Der Stadt Eisenach sind aus Amerika als Amerikahilfe abermals 14 000 Mark bares Geld, 2500 Büchsen Milch und 50 Kinderkittel zur Verteilung an bedürftige Einwohner überwiesen worden.

)(**Zeulenroda**, 5. Mai. (Die Walpurgisfeier) hat ein junger Mensch mit dem Leben bezahlen müssen. Beim Verbrennen von Dornen- und Reisighaufen schürte ein Bursche das Feuer mit einer Düngergabel und traf den 15jährigen Sohn des Fleischermeisters Spörl so unglücklich an den Kopf, daß die Zinken in Mund und Ohren drangen. Der Verletzte konnte wohl noch selbst in die elterliche Wohnung gehen, aber schnelle ärztliche Hilfe war vergeblich, da das Gehirn in Mitleidenschaft gezogen war. Er ist unter großen Schmerzen gestorben.

Zwickau, 5. Mai. (Unter außerordentlich erschwerten Umständen) ist es nunmehr gelungen, zu dem Unglücksort auf Wilhelmschacht II vorzudringen und vier Bergleute als Leichen zu bergen. Ihre Identität konnte nur an den Lampennummern festgestellt werden, da die Leichen bis zur Unkenntlichkeit verbrannt waren. Obwohl das Feuer noch nicht erloschen ist, hat es an Stärke doch erheblich nachgelassen, da die Rettungsmannschaften in aufopfernder Tätigkeit alles Menschenmögliche zu seiner Unterdrückung getan haben. Die übrigen fünf eingeschlossenen Bergleute konnten noch nicht aufgefunden werden.

Vermischtes.

Ehrengabe für Generalfeldmarschall v. Mackensen. Dem Generalfeldmarschall, welchen die Internierung in Saloniki um seine sämtlichen Reitpferde gebracht hat, wurde vom Verband Pommerscher Halbblutzüchter als Ehrengabe ein Reitpferd angeboten, das vom Generalfeldmarschall mit dem Ausdruck herzlichen Dankes angenommen wurde.

Die mißliebigen Farben der studentischen Verbindungen. Der Rektor der Breslauer Universität macht am schwarzen Brett bekannt: „Ich ersuche die farbentragenden Studentenverbindungen dringend, im Sommersemester 1920 das öffentliche Tragen der Farben zu unterlassen." Diese Warnung ist dort wohl in der Spannung begründet, die zwischen der Bevölkerung und den Studenten anläßlich deren Verhalten während der Kapptage besteht.

Gesunken. Der Dampfer „Willi O'Brien", mit etwa 7000 Tonnen erstklassiger amerikanischer Gaskohle für Deutschland bestimmt, ist auf der Reise von Hamptonroad nach Rotterdam in Brand geraten und gesunken. Die Ladung war Eigentum einer Kohlenimportfirma in Hannover und sollte einer Anzahl norddeutscher und süddeutscher Werke zugeführt werden. Ueber das Schicksal der Mannschaft ist noch nichts bekannt geworden.

Raub. In Münster raubten nachts Einbrecher aus der Bahnhofskasse 350 000 Mark, die für Lohnzahlungen bestimmt waren.

Gefaßte Filmdiebe. Soeben gelang es dem Berliner Kriminalkommissar Dr. Riemann, eine Diebesbande, die gestohlene Filme im Werte von mehr als einer Million gerade für 120 000 Mark weiterverkaufen wollte, vor der Dresdner Bank, wo die Auszahlung stattfinden sollte, zu verhaften und die Filme zu beschlagnahmen.

Ein grausiger Fund, der auf ein Verbrechen schließen läßt, ist in der Nähe von Müncheberg gemacht worden. Am letzten Freitag entdeckte man durch einen Zufall in einer Kiefernschonung eine in der Erde vergrabene Leiche, deren Bein durch den anhaltenden Regen freigelegt worden war. Als die benachrichtigte Polizei die Ausgrabung der Leiche anordnete, stießen die dazu bestellten Arbeiter noch auf eine zweite Leiche, die in der gleichen Grube verscharrt war. Beide Leichen waren schon stark in Verwesung übergegangen; sie mögen nach dem ärztlichen Gutachten bereits sieben Monate in der Erde gelegen haben. Infolgedessen ließen sich irgendwelche Feststellungen über die Todesursache nicht machen. Offenbar handelt es sich um zwei russische Kriegsgefangene, die aus dem Lager in Müncheberg entwichen sind.

Räubereien in Irland. Der Postzug von Cork nach Bantry wurde bei Kinsale von bewaffneten und maskierten Männern aufgehalten, die zwei Postsäcke raubten. Die Telegraphenverbindung zwischen Dublin und Nordirland ist gesperrt. Bei einem Angriff auf Polizeistationen nahe Dublin wurde ein Sergeant tödlich und ein Polizist schwer verwundet.

Doch Alkohol in Amerika! Der Senat des Staates New York hat in einer Nachtsitzung bestimmt, daß Bier mit 2,75 Prozent Alkohol statthaft ist. Dies wird zur Folge haben, daß die meisten Salons wieder geöffnet werden.

Das geräuschlose Haus. Auf der „Builders Exhibition" in der Londoner Olympia sind gegenwärtig aus Holzwolle hergestellte Klappen ausgestellt, die dem Zwecke dienen, die einzelnen Zimmer des Hauses gegen jedes Geräusch so fest abzuschließen, daß sich ihre Bewohner absoluter Ruhe erfreuen können, auch wenn in der Nachbarschaft ein Höllenlärm gemacht wird. Die Schalldämpfer haben ihre lärmverhütende Zuverlässigkeit bereits allseitig erprobt. So befindet sich in einem Stand der Ausstellung eine Zelle, in der eine elektrische Glocke ohrenbetäubenden Lärm hervorbringt. Man braucht nur eine Klappe herunterzulassen, um den Ton der schrillen Glocke unhörbar zu machen. Nach der Behauptung des Ausstellers ist selbst der Lärm einer Metallsäge, der so ziemlich als das nervenzerrüttendste Geräusch gelten darf, durch die Holzwolle-Sicherung zum Schweigen gebracht. Das Material besteht aus gegossener Holzwolle, deren Fasern einem starken Dampfstrom ausgesetzt wurden, es gleicht im Aussehen dem Holz oder gesponnenem Glas. Es ist feuerfest, ein schlechter Wärmeleiter, unzerstörbar, absolut gesichert gegen Wurmfraß und Insekten und fault weder, noch schwindet es. Es ist dabei so billig, daß der weiteren Verbreitung dieser aus Holzwolle gefertigten Schalldämpfer nichts im Wege steht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200506015/fragment/page=0003
DFG

Sport der „Saale-Zeitung“.

Rennen zu Krefeld.

1. Preis von Moers. 12 000 Mk. 1600 Mtr. 1. Champagne, 2. Laß doch, 3. Isis. Tot. Sieg 25. Platz 18, 36:10. 5 liefen.

2. Traarer Jagdrennen. 11 000 Mk. 3200 Mtr. 1. Frei, 2. Altbraa, 3. Schwesterchen. Tot. Sieg 43, Platz 11, 11:10. 5 liefen.

3. Preis von Geldern. 14 000 Mk. 1600 Mtr. 1. Uhli, 2. Quellwasser, 3. Prise. Tot. Sieg 32, Platz 12, 12:10. Fünf liefen.

4. Lenz Jagdrennen. 16 000 Mk. 3600 Mtr. 1. Ari Burnu, 2. Harpune, 3. Einbruch. Tot. Sieg 96, Platz 19, 26, 14:10. 7 liefen.

5. Rhein-Ausgleich. 25 000 Mk. 1400 Mtr. 1. Schweizermühle, 2. Ladislaus, 3. Parma. Tot 145, Platz 55, 40, 68:10. 11 liefen.

6. Linner Jagdrennen. 12 000 Mk. 3500 Mtr. 1. Rheingold, 2. Pumpelmuß, 3. Wendula. Tot. Sieg 44, Platz 20, 45, 40:10. 9 liefen.

7. Preis von Cleve. 12 000 Mk. 2200 Mtr. 1. Nicolo und Rocamedour. tot. Rennen, 2. Kirchbach und Emilius, tot. Rennen. Tot. Sieg 57, 16, Platz 24, 16, 9, 13:10. 8 liefen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Mansfeldsche Kupferschieferbauende Gewerkschaft in Eisleben.

In Ergänzung unserer Meldung über die **Erhöhung der Ausbeute** auf 150 Mk. pro Kux (i. V. 80 Mk. Ausbeute und 30 Mk. Bonus) tragen wir aus dem nunmehr vorliegenden Rechenschaftsbericht für 1919 noch folgendes nach:

Der Betriebsgewinn erhöhte sich einschl. Vortrag auf 32,2 Mill. Mk. (24,6 Mill. Mk. einschl. 3 Mill. Mk. Entnahme aus Rücklagen). Allgemeine Unkosten erforderten 3,9 (3,1) Mill. Mark, Anleihezinsen 1,3 (1,4) Mill. Mk. und Kursverluste 0,9 (1,0) Mill. Mk. Für Arbeiterfürsorge wurden 4,3 (4,8) Mill. Mark und zu Abschreibungen 5,6 (6,6) Mill. Mk. verwendet. Den Rücklagen wurden diesmal 5,5 Mill. Mk. überwiesen, während im Vorjahre 3 Mill. Mk. den Rücklagen entnommen worden waren. Es ergibt sich somit ein **Ueberschuß** von 10,6 (5,6) Mill. Mk. Der Neuvortrag wird auf 231 254 (56 449) Mk. erhöht. Zu dem Ergebnis führt die Verwaltung im Bericht aus, daß die Erschütterungen des Wirtschaftslebens auch bei Mansfeld nicht spurlos vorübergingen. Am deutlichsten zeigte sich dies in den niedrigen Erzeugungsziffern, wie sie die Mansfelder Werke seit dem Jahre 1880 nicht mehr zu verzeichnen hatten. Lediglich der **Entwertung der deutschen Währung** sowie der Festigkeit der Auslandsmetallmärkte ist es zu verdanken, daß man bei der niedrigen Erzeugung die Ausschüttung einer erhöhten Ausbeute vornehmen kann. Die Löhne und Gehälter erhöhten sich trotz Verminderung der Belegschaft auf 82,7 (54,8) Mill. Mk. Im Hüttenbetrieb ging die Erzeugung von Kupfer auf 10 604 (15 978) Tonnen und die von Silber auf 54 897 (84 921) Kilo zurück. Die Arbeit in den Kalibetrieben wurde durch wiederholte Streiks besonders ungünstig beeinflußt. Die gesamte Förderung in Karnallit ging auf 1 626 977 (2 287 322) Doppelzenter zurück. Auch der Steinkohlenbergbau und der Kokereibetrieb in Westfalen zeigte einen Rückgang der Erzeugung. Die Kupfer- und Messingwerke haben nach Ueberwindung der durch die Umstellung auf Friedensarbeit hervorgerufenen Schwierigkeiten mit befriedigendem Erfolg gearbeitet. Auch das Jahresergebnis der Silberwarenfabrik Franz Bahner A.-G. in Düsseldorf hat den Erwartungen entsprochen. In sämtlichen Anlagen waren Ende des Jahres 21 509 (23 687) Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

In der Bilanz ist der Wert der Vorräte an Rohstoffen, Halb- und Fertigerzeugnissen, sowie der Bestände der Magazine auf 98,8 (37,6) Mill. Mk. gestiegen. Wertpapiere stehen nur noch mit 9,6 (20,6) Mill. Mk. und Beteiligungen mit 2,9 (4,4) Mill. Mk. zu Buche. Die Außenstände sind auf 54 (36) Mill. Mk. angewachsen. Demgegenüber werden die Verbindlichkeiten mit 31 (24,5) Mill. Mk. ausgewiesen.

Häuteversteigerungen.

Auf den in den letzten Tagen abgehaltenen Häuteauktionen entwickelte sich der Verkehr weiter auf der Grundlage der ermäßigten Preise. In **Stuttgart** wurden für das Gefälle bei lebhaftem Verkauf folgende Preise bezahlt: Ochsen 21—39 Pfd. 18,80 Mk., 40—59 Pfd. 13,30—13,50 Mk., 60—79 Pfd. 14,70 Mk., 80 und mehr Pfund 13 Mk.; Kühe 21—39 Pfd. 15,20 Mk., 40 bis 59 Pfd. 14,15—14,25 Mk., 60—79 Pfd. 16,30—16,40 Mk., 80 und mehr Pfund 16,30 Mk. Rinder 21—39 Pfd. 14,70—15,05 Mk., 40—59 Pfd. 16,05—16,15 Mk., 60—79 Pfd. 18 Mk.; Bullen 21 bis 39 Pfd. 13—13,45 Mk., 40—59 Pfd. 14,20—14,40 Mk., 60—79 Pfd. 13,60 Mk., 80 und mehr Pfund 11,55 Mk.; Kalbfleisch v. K. 26,60 bis 27,20 Mk.

In **Berlin** waren am ersten Tage der Auktion die Preise wie folgt: Ochsen v. K. bis 39 Pfd. 12—12,10 Mk., 40—59 Pfd. 12,20—12,30 Mk., 60—79 Pfd. 13,20—13,55 Mk.; Bullen v. K. bis 39 Pfd. 12,40—12,80 Mk., 40—59 Pfd. 10,30—10,55 Mk., 60—79 Pfund 9,60 Mk., 80 Pfd. 9,40 Mk.; Kühe v. K. bis 39 Pfd. 11,70 bis 11,85 Mk., 40—59 Pfd. 10,35—11,05 Mk., 60—79 Pfd. 12,60 Mark; Färsen v. K. bis 39 Pfd. 13,70—14 Mk., 40—59 Pfd. 12,35 Mark. Bayerische Ochsen 13,05 Mk., Bullen 11,80 Mk., Kühe Kalben 12,85 Mk., Fresser 15,85—16,15 Mk. Bei diesen billigen Preisen wurde flott verkauft.

Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation.

WTB. Berlin, 5. Mai. Dividendenvorschlag 18 Proz. (i. V. 12 Proz.) auf das alte Aktienkapital von 33 Millionen Mark; Zuweisung zu einem Wohlfahrtsfonds für Angestellte und Arbeiter 3 Millionen Mark.

Londoner Wollauktion.

WTB. London, 5. Mai. Auf der heutigen Wollauktion wurden 11 103 Ballen angeboten. Gute Sorten Merinos wurden zum vorigen Preise lebhaft begehrt. Dagegen lagen mittlere und geringere Sorten andauernd schwach. Von dieser Ware wurden mehrere Partien vom Kauf zurückgezogen, da die von den Käufern gebotenen Preise nicht zufriedenstellend waren.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 5. Mai. Bei wiederum ausgesprochener Geschäftsunlust schlich sich heute der Verkehr an der Börse während des ganzen Verlaufs träge dahin, und die Kursveränderungen hielten sich allgemein in engen Grenzen. Im Zusammenhang mit einem weiteren und nicht unerheblichen Nachgeben der ausländischen Devisennotierungen und infolge der anhaltenden Besserung des Markkurses im Auslande war die Tendenz als mäßig abgeschwächt zu bezeichnen. Die Rückgänge gingen aber nur ganz vereinzelt über 5 Prozent hinaus, und dies gilt in der Hauptsache von Gelsenkirchener, Rheinischen Braunkohlen, Deutsch-Uebersee-Elektrischer, Adlerwerken, Orenstein und Koppel, Otavi-Aktien und Genußscheinen. Nebenbei sind aber auch Kursbesserungen zu erwähnen, so für Farbaktien im Ausmaße von 5 bis 18 Prozent, für Schantung und einige wenige andere Papiere. Am heimischen Rentenmarkt ist der Kursstand unverändert geblieben. Ungarische Renten lagen etwas fester. Dagegen stellten sich Türkenlose und Mexikaner niedriger. Später trat allgemein eine leichte Befestigung der Kurse ein. Doch blieb diese bei anhaltenden kleinen Schwankungen und kleinem Geschäft später nicht von Bestand.

Devisenkurse.

Berlin, 5. Mai.

Die amtlichen Notierungen für **telegraphische Auszahlungen** stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam Rotterdam	1998,00	2002,00	2023,00	2027,00
Brüssel-Antwerpen	356,60	357,40	359,60	360,40
Christiania	1043,75	1046,25	1063,75	1066,25
Kopenhagen	924,00	926,00	929,00	931,00
Stockholm	1157,75	1160,25	1173,75	1176,25
Helsingfors	292,20	292,80	292,20	292,80
Italien	254,75	255,25	249,75	250,25
London	209,75	210,25	213,75	214,25
New York	54,27½	54,47½	55,02½	55,22½
Paris	233,65	234,35	327,65	338,35
Schweiz	974,00	976,00	981,50	983,50
Spanien	925,00	927,00	934,00	936,00
Wien (altes)	20,23	20,27	20,98	21,02
(Deutsch-Oest. abgest.)	25,97	26,03	26,22	26,28
Prag	87,65	87,85	87,40	87,60
Budapest	24,47	24,53	23,97	24,03
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 5. Mai. Schon bei Schluß des gestrigen Verkehrs gab sich am Hafermarkt eine Befestigung zu erkennen, und diese machte heute weitere Fortschritte. Die Abgeber verhielten sich sehr zurückhaltend, und da für Futterbedarf mehr Ware verlangt wurde, stellten sich die Preise schließlich nicht unerheblich höher. Auch in Hülsenfrüchten sind neuerdings die Abgeber zurückhaltend geworden. Ein nennenswertes Geschäft hat sich aber noch nicht entwickelt. In den übrigen Artikeln blieb es zumeist beim alten.

Berlin, 5. Mai. Amtliche Notizen. (Preis für 1000 Klg. in Mark.). Inländ. Hafer: loko: ab Speicher frei Wagen —; loko: ab Bahn —; sofortige Abladung ab Abladestation 2700 bis 2740. Tendenz fester.

Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes hat sich insofern wesentlich ruhiger gestaltet, als die Großabnehmer nicht geneigt sind, im Augenblick Abschlüsse von Belang zu machen. Vielfach werden auch Schwierigkeiten in der Abnahme älterer Aufträge gemeldet, was nicht verwundern darf, da viele Großfirmen sicherlich über ansehnliche Läger noch verfügen. Von einem **Preissturz für Rohstoffe kann bis jetzt nicht gesprochen werden.** Insbesondere haben sich die Preise für Rohwollen fest gehalten und für Rohstoffe, die vom Auslande bezogen werden müssen, wie Jute und Flachs, sind gleichfalls Preisrückgänge nicht zu melden. Auf der Stuttgarter Warenbörse waren Baumwolle, Garne und Gewebe billiger.

Bezug ausländischer Erze. Nachdem man in Kreisen der Industrie zunächst Bedenken geäußert hatte, daß sich in der Erzversorgung aus Schweden durch die Wegnahme der deutschen Schiffe erhebliche Schwierigkeiten einstellen würden, ergaben die Feststellungen der letzten Wochen, daß zu übertriebenen Befürchtungen kein Anlaß besteht. In den Schiffsfrachten macht sich sogar ein langsames Nachlassen der Preise bemerkbar, was allerdings zum Teil auf die geringe Steigung des Markkurses zurückzuführen ist. Die einzige Schwierigkeit für die deutsche Eisenindustrie besteht darin, daß zurzeit als Hauptlieferant nur Schweden in Betracht kommt, dessen Produktion aus verschiedenen Gründen gegenwärtig sehr zu wünschen übrig läßt. Trotz der letzthin ernsthaft gemachten Versuche, den deutsch-ukrainischen Handelsverkehr wieder in die Wege zu leiten, darf man sich auf einen baldigen Bezug von Rasenerzen aus der Ukraine nicht verlassen. Die Roheisenerzeugung der oberschlesischen Werke ist augenblicklich durch soziale und wirtschaftliche Schwierigkeiten beschränkt, so daß die Erzeugungsziffern von der Zeit **vor dem Kapp-Putsch noch nicht wieder erreicht** sind.

Chemische Fabrik Buckau zu Magdeburg. Das Unternehmen erzielte laut Rechenschaftsbericht für 1919 einschließlich Vortrag einen Rohgewinn von 3 689 237 (2 592 582) Mk. Anderseits erforderten allgemeine Unkosten, Gehälter, Versicherungen usw. 1 097 703 (694 805) Mk., Zinsen und Diskontverlust 696 379 (473 510) Mk. und Kursverlust auf Effekten 45 636 (23 262) Mk. Die Abschreibungen sind auf 1 022 747 (733 138) Mk. bemessen. Aus dem Reingewinn von 825 622 (666 765) Mk. sollen, wie bereits gemeldet, 10 (5) Proz. Dividende verteilt, 40 000 (30 000) Mk. für Unterstützungen zurückgestellt, an Aufsichtsrat und Vorstand als vertragliche Gewinnanteile 120 000 (47 528) Mk. ausgeschüttet und 65 622 (139 238) Mk. vorgetragen werden. (J. V. wurden außerdem 150 000 Mk. zu Sonderabschreibungen verwendet.) Aus den Bemerkungen der Verwaltung geht hervor, daß das abgelaufene Geschäftsjahr bis über die Mitte noch ganz unter den Einwirkungen der ungünstigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse stand. Der Kohlenmangel hielt auch während eines Teiles des Berichtsjahres an, so daß eine volle Ausnutzung der Betriebsanlagen unmöglich war. Die von den Belegschaften gestellten Lohnforderungen haben verschiedentlich zu Streiks und damit mehrmals zu Unterbrechungen bzw. gänzlicher Stillegung der Anlagen während mehrerer Monate geführt. Die sich hieraus, sowie aus den abermals gestiegenen Einkaufspreisen für Rohstoffe und Materialien ergebenden Selbstkosten überschritten bei weitem die von den Zwangswirtschaftsstellen festgesetzten Verkaufspreise. Erst im zweiten Halbjahr trat eine merkliche Besserung der Betriebsverhältnisse ein. Auch gestalteten sich die Verkaufspreise im allgemeinen günstiger. Nach der Bilanz haben Fabrikate eine Steigerung auf 2 425 308 (961 470) Mark und Betriebsmaterialien auf 2 162 253 (1 790 902) Mark erfahren. Die Beteiligungen an anderen Unternehmungen werden mit 2 658 017 (2 494 017) Mk. ausgewiesen. Schuldner erscheinen mit 6 919 575 (2 256 086) Mark und Kasse, Wertpapiere usw. mit 476 183 (504 481) Mark. Gläubiger stehen anderseits mit 14 856 263 (7 325 324) Mk. zu Buche.

Donnersmarckhütte, Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke A.-G. Die Gesellschaft wird für 1919, wie gemeldet, eine Dividende von 15 (12) Prozent ausschütten, bei wieder 2,4 Mill. Mk. Abschreibungen und 376 251 (430 426) Mk. Vortrag. Wie die Verwaltung hierzu berichtet, trat erst mit dem letzten Drittel des Geschäftsjahres eine wesentliche Besserung der Arbeits- und Erzeugungsverhältnisse ein, nachdem entsprechend der Erhöhung der Selbstkosten auch eine Steigerung der Erlöse für die Erzeugnisse der Gesellschaft erzielt wurde. Die Beschäftigung in allen Betriebszweigen, wie auch die Arbeitsverhältnisse haben sich in dem bisher abgelaufenen Zeitraum des neuen Geschäftsjahres zufriedenstellend entwickelt, sodaß die Verwaltung glaubt, wenn keine unvorhergesehenen Rückschläge eintreten, wieder ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht stellen zu können.

Fahrzeugfabrik Eisenach. Die Gesellschaft verzeichnet für das Geschäftsjahr 1919 einen Reingewinn von 680 531 (707 444) Mk., woraus eine **Dividende von 10 Prozent** (gegen 10, 25, 25, 25 Prozent in den Jahren 1918—15). Die Generalversammlung beschloß gleichzeitig die Erhöhung des Aktienkapitals um 6 auf 10,5 Mill. Mk. durch Ausgabe von 4,5 Mill. Mk. Stammaktien und 1,5 Mill. Mk. 5proz. Vorzugsaktien. Beide Aktienarten werden von einem Konsortium übernommen, und zwar die Vorzugsaktien zu pari und die Stammaktien zu 129 Prozent, unter der Verpflichtung, letztere den alten Aktionären zum gleichen Kurse zum Bezuge anzubieten. Außerdem wurde beschlossen, 3 Mill. Mark 4½ Prozent und 102 Prozent rückzahlbare Hypotheken-Obligationen auszugeben.

Brauerei Gebr. Niemann A.-G., Staßfurt. Der Reingewinn beträgt nach Tilgung von 81 050 Mk. Vorjahrsverlust 85 419 Mk., woraus eine Dividende von 5 (0) Prozent verteilt wird.

Harzer Werke zu Rübeland und Zorge, A.-G. in Blankenburg. Für das Jahr 1919 werden an Betriebsüberschüssen 2 061 932 (i. V. 1 912 532) Mk. ausgewiesen, die sich um 144 130 (145 168) Mark Vortrag erhöhen. Anderseitig erforderten Generalunkosten 597 545 (445 766) Mk., Zinsen 26 889 (0) Mk., Abschreibungen auf Anlagen 282 312 (152 624) Mk., sowie Kursverlust an Wertpapieren 263 380 (351 800) Mk. Aus dem verbleibenden Reingewinn von 1 035 936 (1 107 510) Mk. sollen 20 (12½) **Prozent Dividende** verteilt und nach weiteren Rückstellungen 231 052 Mark neu vorgetragen werden. Trotz der großen Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung wird das Gesamtergebnis als zufriedenstellend bezeichnet. In der Bilanz stehen Effekten mit 1,53 (4,16) Mill. Mk., Materialien und Waren mit 1,84 (0,85) Mill. Mark, Außenstände mit 2,47 (0,86) Mill. Mk. und Schulden in laufender Rechnung mit 4,16 (1,71) Millionen Mark zu Buch. Die Gesellschaft steht im Begriff, die bereits genehmigte Obligationsanleihe von 1 Mill. Mk. jetzt zu begeben.

Mülheimer Bergwerksverein. Die Verwaltung schlägt eine Dividende von 11 Prozent (i. V. 10 Prozent) vor.

Rombacher Hüttenwerke — Concordia Bergbau A.-G. Die Rombacher Hüttenwerke machen von der ihnen laut Vertrag vom April 1914 zustehenden Option, auf Uebernahme der Concordia-Bergbau-A.-G., Gebrauch. Das gesamte Vermögen der Concordia geht demnach auf Rombach über, gegen Zahlung des Kaufpreises von 41 Mill. Mk. Die Concordia-Bergbau-A.-G. tritt in Liquidation.

Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer A.-G. in Frankfurt a. M. Die Gesellschaft verzeichnet für 1918/19 nach Abschreibungen von 2 729 783 (3 693 186) Mk. einen Reingewinn von 1 642 437 (4 198 449) Mk., Vortrag von 2 230 894 (1 730 970) Mk. Die Handlungsunkosten betragen 4 407 459 (2 206 972) Mk. Die Verwaltung beantragt eine Dividende von 10 (15) Prozent auf das Aktienkapital von 18 Mill. Mk. 1 314 219 (2 230 894) Mk. sollen vorgetragen werden. Der Entwicklung im laufenden Jahre sieht die Verwaltung im Hinblick auf die sprunghafte Steigerung des Fabrikationskosten und angesichts der gesamten Wirtschaftslage nicht ohne Sorge entgegen.

Der Verein deutscher Geschäftsbücherfabrikanten erhöhte die im Februar festgesetzten Richtpreise um weitere 25 Prozent mit sofortiger Wirkung.

Berliner Börse

vom 5. Mai 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4½% Dtsch.Schatzsch VI—IX	75,75
5% Dtsch. Reichsanl.	79,75
4% " "	76,00
3½% " "	67,80
3% " "	74,75
4% Preuß. Konsols	76,25
3½% "	63,50
3% "	59,90
4% Charl. Stadtanl. 89/99	98,10
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—
4% Sächs.Neulandsch Pfdbf.	—
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbf.	101,30
4% Preuß. Hyp Bk. Pfdbf. 1911	100,50
4½% Dess.Gas Oblig	103,60
4% DessauerGas Obl.	97,00
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	30,50
4% Ungar. Goldrente	62,75
4% Ungar. Kronenrente	35,00
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	100,00
Halle-Hettstedter	—
Schantungbahn	533,00
Allg. Lokal-Str.	125,00
Gr. Berl. Str.	137,25
Magdeburger Str.-B.	146,00
Prinz-Heinrich-B.	—
Orientbahn	—
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	165,13
Hambg. Südamerika	265,00
Hansa-Dampfschiff.	389,25
Nordd. Lloyd	180,00
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	166,75
Berl. Handelsges.	200,00
Commerz-Diskontobank	189,00
Darmstädter Bank	160,50
Dessauische Landesbank	136,75
Deutsche Bank	312,00
Diskonto-Comm.	219,25
Dresdner Bank	192,00
Leipzig. Credit-Anst.	176,25
Mitteld. Kreditbank	156,50
Mitteld. Privatbank	182,50
Nationalbank	149,75
Oesterr. Kredit	102,00
Reichsbank	154,50
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	242,00
Akt. f. Anilin	399,00
Allgem. Elektr. Ges.	345,00
Ammendorfer Papierfabrik	—
Anhalter Kohlenw.	275,00
Annaberger Steingut	320,00
Badische Anilin	530,00
Bergmann Elekt.Akt.	253,00
Berl. Masch.-Bau	323,50
Bismarckhütte	386,50
Bochumer Gußstahl	32[illegible],00
Chem.-Fabr. Buckau	250,25
Chem. Griesheim	325,00
Chem. Heyden	340,50
Consolidation Schalk	565,00
CröllwitzerPapierfbk	340,00
Daimler Motoren	250,00
Deutsche Luxemburg	325,00
Deutsche Uebersee-Elektr.	1004,00
Deutsche Erdöl	794,00
Deutsche Gasglühl.	5250,00
Deutsche Kali	440,00
Deutsche Waffen und Mun.	414,50
Donnersmarckhütte	351,00
Döring & Lehrmann	156,00
Dürrkoppwerk	—
Engelhardt-Brauerei	255,00
Elberfelder Farben	446,00
Felten & Guilleaume	503,00
Gasmotoren Deutz	228,00
Gebhard & Co.	—
Gebhard & König	261,00
Gelsenkirchen Berg.	326,00
Glauziger-Zuckerfbk	98[illegible],00
Hallesche Maschfbk.	450,00
Hann. Masch.	300,00
Harpener Berg	305,50
Hasper Eisen	590,00
Hirsch Kupfer	303,00
Höchster Farbwerke	395,00
Hoesch Eisen u. Stahl	940,00
Hohenlohe Werke	198,25
Humboldt Masch.	266,00
Ilse Bergbau	370,00
Kahla Porzellan	588,00
Kaliw. Aschersleben	430,00
Körbisd. Zucker-Akt.	332,00
Kyffhäuserhütte	201,00
Lahmeyer & Co.	202,50
Lauchhammer	354,00
Laurahütte	267,87
Linke & Hofmann	337,00
Ludwig Loewe & Co.	308,00
Lothringer Hütte	312,00
Mannesmannröhren	409,00
Masch.-Fabr. Buckau	295,00
Oberschl. Eisenb.-Bd.	219,75
do. Caro Hag.	275,00
do. Kokswerke	407,50
Orenstein & Koppel	280,00
Phönix Berg	454,00
Rhein. Metall-Vorz.	295,00
Rhein. Stahlwaren	328,00
Riebeck. Montan	297,00
Rombacher Hütten	299,50
Rositzer Braunk.	325,00
Rositzer Zucker	—
Sangerhäuser Masch.	410,00
HugoSchneider A.-G.	325,00
Schuckert & Co.	198,50
Siemens & Halske	334,75
Stettiner Cham.	315,25
Stettiner Vulkan	240,00
Stollberger Zinkh.	285,50
Strals. Spielkarten	—
Thale-Eisenhütte	425,00
Triptis Porzellan	270,00
Türk. Tabakregie	937,00
Ver. Köln-Rottweiler	307,50
Ver. Glanzstoff	1050,00
Wegelin & Hübner	—
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	739,00
Wittener Gußstahl	750,00
Wrede Mälzerei	144,75
Zeitzer Masch.	469,75
Zellstoff Waldhof	295,00
Otavi-Minen	960,00

Tendenz: still.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 5. Mai 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	235,75
Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz	128,50
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	169,00
Mansfelder Gewerkschaft	4850,00
Portland, Zementfabrik Halle	149,00
Prehlitzer Braunkohlen	105[illegible],00
Priorit.	1250,00
	—

Verantwortlich f. d. polit. Teil: I. V.: Eugen Brinkmann; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Bär; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200506015/fragment/page=0004